



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die dänische Revolution in Kopenhagen im Jahre 1848.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die dänische Revolution in Kopenhagen

im Jahre 1848*).

König Christian VIII. war am 6. Januar erkrankt. In jenen Trauertagen des nahenden Endes hat mehr als Einer den Kronprinzen sagen hören: „was soll daraus werden! was soll ich thun, wenn der König stirbt!“

Seit dem 8. Januar hielt die Partei des „Fädrelandet“ bei dem Professor der Theologie Clausen Versammlungen, eine Adresse zu berathen, in der man gleich beim Thronwechsel die Bitte um eine freie constitutionelle Verfassung an den neuen Monarchen bringen wollte. Es befanden sich in diesen Berathungen die Herren Schouw, Hvidt, Drewsen, B. Christensen u. s. w. Durch Hvidt wurde eine ähnliche Adresse Seitens der Bürgerrepräsentanten vorbereitet. Die fieberhafte Spannung, in der des Königs Krankheit vierzehn Tage lang die Residenz erhielt, diente im hohen Maaße dazu, den Gedanken an die Zukunft zu wecken und das allgemeinste Interesse auf die politische Lage des Staates zu lenken.

Nach dem Wunsche des sterbenden Königs hatte Friedrich VII. sofort den Grafen C. Moltke zum Geheimen Staatsminister ernannt. An den Staatsrath, der unmittelbar nach dem Abscheiden des Königs gehalten wurde, nahmen C. Moltke und Statsrath Bang Theil, dann folgten Sitzungen der beiden Kanzeleien. Das Ergebniß dieser Sitzungen war die königliche Urkunde vom 20. Januar, mit ihren beruhigenden Phrasen.

Aber jetzt erhob sich rasch die radicale Partei. Schon zwei Tage nach des Königs Tode erschien die Broschüre der Professoren Clausen und Schouw, welche

*) Was wir hier mittheilen ist ein Auszug aus dem letzten Abschnitt der gründlichen und bedeutenden Schrift: Die Herzogthümer Schleswig-Holstein und das Königreich Dänemark. Altenmäßige Geschichte der dänischen Politik seit dem Jahre 1806 (von Joh. Gust. Droysen und R. Samwer) 2te Auflage. Hamburg, Perthes-Besser und Mauke, 1850. — wohl des besten Werkes unter den zahlreichen Abhandlungen über die schleswig-holsteinische Frage. Es enthält sehr viel Neues und ist für den Historiker wie für den Publicisten gleich unentbehrlich. Wie kommt es doch, daß dies Werk, welches im Auslande, zumal in Dänemark, so viel Aufsehen gemacht hat, in Deutschland immer noch verhältnißmäßig wenig gekannt ist? Außer einer gründlichen Geschichte der alten dänischen Bemühungen, die Herzogthümer zu incorporiren, enthält es eine vollständige Darstellung des Rechtskampfes bis zu dem letzten Kriege, Schilderung der Zustände und Parteien am dänischen Hofe, Charakteristik der Stellung des Herzogs von Augustenburg, und im Text wie in den Beilagen eine Anzahl höchst interessanter Notizen und Briefe, unter letzteren Briefe des Königs von Dänemark und des Herzogs von Augustenburg. Möge die folgende Mittheilung dazu beitragen, die politische Wichtigkeit des Werkes, welches unter anderen über die Revolution in Kopenhagen selbst für die Dänen neue und überraschende Thatfachen mittheilt, dem deutschen Publicum zu empfehlen.

mit äußerster Schärfe und Energie die Politik Dänemarks, wie sie nach der Meinung dieser kühnen Partei aufgefaßt werden sollte, darlegte: Die Verfassung, die 1839 wünschenswerth gewesen, sei jetzt eine Nothwendigkeit; und diese Verfassung müsse Schleswig mit Dänemark vereinigen; Holstein seine eigene Verfassung mit eigenem Finanz- und Kriegswesen erhalten. „Sie empfehlen, wie Fädrelandet am 27. Januar zusammenfaßt, eine möglichst enge Verbindung Schweswigs mit Dänemark, eine möglichst scharfe Trennung Schweswigs von Holstein, als die wirklich dänische Politik“, eine Politik, „welche sich nicht daran genügen lasse, die historisch begründete, staatsrechtliche Trennung zwischen beiden Herzogthümern als einen theoretischen Satz hinzustellen, sondern diese Trennung zur geschichtlichen Wahrheit und Wirklichkeit zu machen suche, indem sie eine scharfe und bestimmte Grenze zwischen beiden Herzogthümern ziehe.“ — Es war das alte Project des „jungen Dänemark“, das scharf und sicher in dies chaotische Gewirr der neuen Verhältnisse eintrat. In demselben Geiste plädirte Hvidt; der Jubel der Tausende, die ihn den 24. Januar von der Börse heimgeliteten, das Geleit, das Tausende der städtischen Glückwunsch-Deputation nach dem Schlosse gaben, bezeichnete hinlänglich die herrschende Stimmung.

Es ist begreiflich, daß auf den neuen König Friedrich VII. die Scenen der Sterbetage, die Schmerzen des Kranken, das letzte Abendmahl, das Todesröcheln erschütternden Eindruck gemacht hatten. Und wie ein Vermächtniß hatte er das System des Vaters und die Staatsmänner, die es vertraten, übernommen. Gedachte er in dem Geleise des Vaters zu bleiben? Man rühmt den Sinn König Friedrich VII. für trauliche Genossenschaft. Am 24. Januar ward der aus Odensee berufene Stiftsamtmanu von Bardenfleth zum Staatsminister ernannt.

Sofort die wichtigste Frage war die Emanirung des von Christian VIII. hinterlassenen Entwurfs der Gesamtstaats-Verfassung. „Differenzen darüber im Cabinet waren Folge der neuen Umgebung und der Neuheit des Thrones, der noch dicht umringt war von den alten Rathgebern des verstorbenen Herrn, unter denen Dersted, Criminil und Moltke dem Emporkömmling Bardenfleth das Terrain streitig machten, und ihn durch größere Geschäftskunde und Erfahrung zu edrücken den Anlauf nahmen. Es ist notorisch, daß Criminil und Moltke, obschon Anhänger der Gesamtmonarchie, auf das lebhafteste in den Vorberathungen über das Rescript vom 28. Januar für die Unzertrennbarkeit der Herzogthümer gekämpft haben, daß die heftigsten Scenen, namentlich zwischen dem stets die Zähne zeigenden scharfen C. Moltke und dem nicht minder kloppflustigen und in seiner Unerfahrenheit kühneren v. Bardenfleth stattgefunden haben, die bis zum 28. Januar stets zu Niederlagen des letzteren führten und führen mußten, weil Moltke und Criminil in ihren alten und vielfährigen Collegien eine sichere Majorität für das zu Recht Bestehende mit Leichtigkeit erwarben. Bardenfleth fühlte das Ungenügende, Unhaltbare seiner Stellung solchen Collegien gegenüber, mußte deutlich das Schei-

tern seiner nur dänischen, Schleswig umfassenden, Pläne wahrnehmen und blieb aus Vorliebe für letztere, so wie aus Ehrsucht, den gleichen Bestrebungen der aufgeregten, kundigen und gut geschulten Kopenhagener Opposition nicht fremd, an deren Spitze die spätern Minister Hvidt, Clausen, Tscherning, Monrad standen, während sie Orla Lehmann und Andere die Rolle der Schreier und Schreiber übernehmen ließen.

Das „Rescript wegen Einführung einer Verfassung“ wurde am 28. Januar erlassen. Es enthielt folgende Hauptpunkte: 1) gemeinschaftliche Stände für das Königreich und die beiden Herzogthümer, denen die beschließende Mitwirkung bei Steuern und Finanzen, bei Gesetzen über gemeinschaftliche Angelegenheiten, sowie das Recht zu Anträgen über gemeinschaftliche Interessen zustehen sollte; — 2) diese ständische Verfassung soll in der bestehenden Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein, in der bestehenden Verbindung Holsteins und Lauenburgs mit dem deutschen Bunde, in der Verfassung Lauenburgs nichts ändern; — 3) ehe den in die Verfassung aufzunehmenden Bestimmungen Gesetzeskraft verliehen wird, sollen dieselben erfahrenen Männern zur Prüfung vorgelegt werden; — 4) Wahlmodus und Ernennung dieser erfahrenen Männer; — 5) diese erfahrenen Männer versammeln sich spätestens zwei Monate nach der Wahl in Kopenhagen.

Wohl durfte man in diesem Entwürfe die ganze Art des verstorbenen Königs wieder erkennen. Wie fein war es, daß aus dem Königreich und aus den Herzogthümern eine gleiche Zahl erfahrener Männer, sowohl erwählte wie ernannte, kommen sollten; indem die Regierung aus Dänemark acht, aus jedem Herzogthum vier ernannte, durfte sie gewiß sein, durch diese 16 mit den 18 Gewählten der Herzogthümer eine conservative Majorität gegen die Dänen, mit den 18 Gewählten des Königreichs eine nationale Majorität gegen die Deutschen zu haben. — Die Bevölkerung von Kopenhagen war still, — die Presse desto lauter und heftiger.

Schon am 27. hatte Jädrelandet einen vortrefflich geschriebenen Artikel über die „dänischen Schleswig-Holsteiner, die am Ruder sind“; man stellte die Sachlage so vor, als sei König Friedrich VII. von den Ministern Christians VIII. übertölpelt und müsse durch das Volk von diesen Hemmnissen befreit werden. Gleich nach Erlass des Patents proclamirte Kjöbenhavnspost: „durch Friedrich VII. sei also die von Friedrich III. gegründete Alleinherrschaftsmacht aufgehoben; — aber diese sei ein Vertrag gewesen mit dem ganzen Volk; dem ganzen Volke müsse also zustehen, was davon zurückgegeben werde, anzunehmen. König Friedrich VII. sei ein demokratischer König.“

Den 15. Februar hielten gleich nach einer Tags vorher überreichten Bauerndeputation von 7240 Unterschriften, mehrere hundert Landleute in Kopenhagen eine Versammlung, beschloffen eine Adresse an den König, luden dann auch mehre

Mitglieder der Gesellschaft der Bauernfreunde, namentlich B. Christensen und Capitän Tscherning dazu, brachten am andern Morgen im feierlichen Zuge die Adresse nach dem Schloß, die Anfangs von dem Kammerherrn von Tillisch zurückgewiesen, zuletzt „mit allerhöchster Erlaubniß“ entgegengenommen wurde; sie enthielt den Ausdruck der Besorgniß über die unglückliche Zusammensetzung der Versammlung, die das Patent berufe, sprach zu Sr. Majestät das Zutrauen aus, daß er einmal hierauf aufmerksam gemacht, thun werde, was noch möglich sei, namentlich durch sorgfältige und volksthümliche Wahl der sechszehn, die der König ernenne.“ —

Während die Presse mit immer schärferen Artikeln die Stimmung steigerte und concentrirte — namentlich Madvig, Monrad, Clausen trieben vorwärts — während selbst die Berling'sche Zeitung bereits der Eiderpartei Zugeständnisse machte und nur noch aufrecht hielt, „daß die Verbindung zwischen Schleswig und Holstein durch so starke vielfährige Bande geknüpft sei, daß es moralisch ungerechtfertigt und fast unmöglich sei, sie zu zerreißen, während die Schmähungen gegen die Deutschen, gegen die Schleswig-Holsteiner, gegen den Herzog von Augustenburg immer bitterer wurden, während dessen traten (am 16. Februar) 43 „patriotische Männer“ — eben die, welche schon beim Professor Clausen sich zu versammeln gewohnt waren — zu einer „beständigen Gesellschaft“ zusammen, und faßten den Beschluß, auch dänischer Seits erfahrene Männer nur mit Vorbehalt zu wählen.

Die günstige Aufnahme, die eine Deputation der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, die um die Bestätigung der Landesprivilegien zu bitten gekommen war, allerhöchsten Ortes fand, das Gerücht, daß es in Absicht sei die Provinzialstände der beiden Herzogthümer zu vereinigen, ihre Befugnisse zu erweitern und die Gesamttrepräsentation auf ein Minimum zu beschränken, brachte die äußerste Unruhe hervor. Bereits am 23. Februar erließen die 43 eine Erklärung, die einen förmlichen Protest gegen den Gesamtstaatsentwurf enthielt, statt dessen in sehr scharfen Wendungen die Vereinigung der Inseln, Jütlands und Schleswigs in Einer Verfassung, mit Vorbehalt eines besondern Landtags für Schleswig, die völlige Scheidung Schleswigs von Holstein, eine gesonderte Verfassung für Holstein forderte.

Am folgenden Tage veröffentlichten 18 in Kopenhagen anwesende Stände-Deputirte, daß sie bei der Wahl der erfahrenen Männer die Erklärung abzugeben gedächten: „sie wählten in der Voraussetzung, daß die Bestimmungen, welche in die verheißene Verfassung aufzunehmen seien, nicht eher Gesetzeskraft erhalten würden, als bis sie von einer Volksvertretung erwogen und angenommen seien, einer Vertretung, die gewählt wäre nach einer die gerechten Ansprüche des Volkes erfüllenden und der Größe ihrer Aufgabe entsprechenden Wahlart.“

So weit war man in den Herzogthümern und im Königreich vor der französischen Revolution!

Und nun kamen die dröhnenden Schläge der Pariser Revolution, die mächtigen Erschütterungen des halben Welttheils; immer näher heran scholl die ungeheure Welle allgemeinen Umsturzes. Metternich ward gestürzt, in Berlin wurde das System gewechselt; Deutschland schien sich einigen, sich einheitlich verjüngen zu wollen.

Nach Kopenhagen kam die erste Nachricht von den Pariser Ereignissen am 1. März; die beiden Parteien der Opposition waren zu gut organisiert, um nicht die Bewegung der Masse in der Hand zu haben; ihre Interessen hatten zu viele Momente der Gemeinsamkeit und zu nahe Aussicht, um sich nicht gegenseitig zu unterstützen. Auf dem Wege des Radicalismus hoffte die Ciderpartei Schleswig sicher zu fassen; durch Vernichtung des „conservativen Schleswig-Holsteinismus“ hofften die Radicalen eine Verfassung zu gewinnen, wie sie ihnen Bedürfnis schien.

Am 7. März enthielt Jädrelandet eine Einladung von Hvidt, „im Auftrage“ unterschrieben, zu einer Versammlung im Casino am 11. d. M.: „von den Gefahren, hieß es darin, welche die Selbstständigkeit des dänischen Volks bedrohen, ist der Einfluß der schleswig-holsteinischen Partei die nächste und größte; es ist nothwendig, durch gesegliche und geziemende Mittel die constitutionelle Vereinigung Schleswigs mit Dänemark zu erwirken.“ Die Versammlung, etwa 2500 Menschen, fand statt: „Man habe jetzt, sagte Professor Clausen, einen volksihümlichen (folkelig) und wirklich dänisch gesinnten König, um den man sich sammeln könne;“ und ein unermesslicher Beifall folgte den Worten. „Es könne, äußerte Capitän Tscherning, gar nicht davon die Rede sein, was Schleswig wolle oder nicht wolle, Schleswig sei kein eigener souveräner Staat, sondern wie Holland und Fühnen ein Theil der dänischen Monarchie; wolle sich Schleswig losreißen, um einen eigenen Staat zu bilden, oder sich eigenmächtig einem fremden Staat anzuschließen, so wäre ein solcher Schritt geradezu Aufruhr, und solche Aufrührer zum Gehorsam zu bringen, nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen, sei in diesem Fall Pflicht der Regierung; ob man ihm Recht gebe?“ Mit lautem Zuruf antwortete man Ja!

Ein „Nein“ ward gehört von dem Schullehrer Rasmus Sörensen; dann wurde noch von mehreren Seiten gegen die Eroberung Schleswigs Widerspruch erhoben, aber derselbe wurde durch den brausenden Lärm überhäubt. Schließlich legte der Candidat Goldschmidt, Redacteur des „Nord und Süd“ gegen die Einstimmigkeit des gefaßten Beschlusses Widerspruch ein. „Mitten im tobenden Lärm hatte er die Geistesgegenwart, der Masse die zwei wichtigen Wahrheiten zuzurufen, welche man durch Toben bei Seite werfen wollte: erstens daß es eine Revolution, eine auf die Macht der Massen gestützte Staatsveränderung sei, welche man vollziehen wolle, und zweitens, daß diese Revolution soweit sie Schleswig angehe, und soweit man das Schicksal des schleswigischen Volks ohne

es um seine Meinung und seinen Willen zu fragen, abmachen wolle, ein Unrecht sei." Man wollte ihm nicht einmal erlauben, den Protest vorzubringen, und als ihm einer der Leitenden die Erlaubniß verschafft hatte, wurde er doch sogleich wieder unterbrochen und durch die allgemeine Entrüstung (!) überhäubt.

Ein Protest im Namen des Rechts ward von dem Baron Dirckink-Holmfeld beim Vorstehenden, Etatsrath Hvidt, eingegeben, dieser aber hielt es für passend, den Protest nicht mitzutheilen.

Folgenden Tages, am Sonntag den 12. März ward eine andere Versammlung im Hippodrom gehalten, wohl 2000 Personen waren anwesend; sie alle unterschrieben eine Adresse an den König um Erweiterung des Wahlrechts; nach der Audienz beim König sollte die gewählte Deputation eine neue Versammlung berufen, ein „permanentes Comité“ niedergesetzt werden. Auch hier plädirte Drla Lehmann für die Eidergrenze.

Eine dritte Partei versuchte sich gleichfalls am 11. März zusammenzufinden. Unter Etatsrath Bang, Grafen Sponeck, Etatsrath Francke (Erstere Dänen), bildete sich im Phönix ein Club mit dem ostensiblen Zweck, einen Anhaltspunkt für die erfahrenen Männer zu bilden; im Hintergrunde lag die Absicht, die conservativen Elemente zu sammeln und die Verbindung zwischen den Dänen und Deutschen aufrecht zu erhalten; eine glänzende Gesellschaft, aber der Lage der Sache nach außer Stand irgend eine Einwirkung zu gewinnen.

Bereits am 13. las man an den Straßenecken einen Ausruf der Casinopartei an alle patriotischen Dänen: „Dänemarks Existenz stehe auf dem Spiel, es werde untergehen, wenn jetzt nicht Schleswigs Trennung von Holstein bewirkt werde; zu dem Zwecke möge man mit Geldbeiträgen mitwirken.“ Schon wußte man, daß in einigen Tagen große Versammlungen sein, auch viel Landvolf dazu hereinkommen werde. Die Nachrichten von Wien und Berlin vollendeten die Stimmung für alles Neueste.

Am 18. März, drei Tage vor der Katastrophe, empfing der König den kurz vorher aus Holstein gekommenen Obergerichtsrath Ekhard von Glückstadt in einer Audienz, unmittelbar nach Drla Lehmann. Der König fragte: wie es in den Herzogthümern aussehe? die Antwort war: ruhig, wenn aber durch eine Volksdemonstration oder durch eine Maßregel der Regierung ein Schritt geschehe, um Schleswig in Dänemark zu incorporiren, so werde die Folge ein allgemeiner Aufstand sein. Auf die weitere Frage, was in solchem Falle wohl die Truppen und die Beamten thun würden? antwortete Ekhard, daß sie nach seinem Dafürhalten sich mit wenigen Ausnahmen der Sache der Herzogthümer anschließen würden; darauf der König: „mir fällt dergleichen auch nicht ein; wenn Sie nach den Herzogthümern kommen, so autorisire ich Sie in meinem Namen zu erklären, daß ich von meinem Rescript vom 28. Januar nicht abgehen werde, ich werde keinen Beschluß fassen, ehe die erfahrenen Männer hier sind.“

Ich erwarte von ihrer Einsicht und Vaterlandsiebe, daß sie mir Vorschläge machen werden, um die Differenzen zu beseitigen. Ich werde auf keinen Fall vorher einen Beschluß fassen. Sagen Sie nur, man könne sprechen und schreiben, so viel man wolle; handeln aber solle man nicht, sonst würde ich blank ziehen“ (bei diesen Worten den Degen halb aus der Scheide ziehend und wieder zurückstoßend) „ich riethe stille zu sein, weil mein Wunsch sei, daß die erfahrenen Männer ehrlich und offen die Wahrheit sagen sollen.“

So sprach der König an demselben Tage, da sich in den Herzogthümern die Rendsburger Versammlung auch ihrerseits dafür entschied, loyal bei der Sendung der erfahrenen Männer nach Kopenhagen zu beharren: „das ist unsrer Seits versprochen und muß gehalten werden.“

Die Nachrichten von der Rendsburger Versammlung kamen am Montag den 20. früh nach Kopenhagen, zugleich die Nachricht, daß am 22. die schleswig-holsteinische Deputation eintreffen werde. Die Kunde verbreitete sich schnell, mit immer wachsenden Uebertreibungen. Bereits um 11 Uhr war der Parolebefehl da, daß eine Defensionscommission, bestehend aus dem Obristleutnant Hansen, Commandeurecapitän Zahrtmann u. s. w. zu bilden, daß die kleine Festung Friedrichsort bei Kiel sofort vollständig zu armiren sei und zwei Compagnien des 4. Bataillons dahin abgehen sollten; — als rechnete man schon nicht mehr auf die in den Herzogthümern stehenden Truppen.

Für die Volksmeinung war mit jenen Nachrichten die Sache völlig abgemacht; wie auch mochten sich die Provinzen unterstehen, eine Deputation zu senden.

Die Entscheidung sollte vor der Ankunft der Deputation erfolgt sein.

Die zum Mittwoch verabredete Casinoversammlung wurde noch am Montage auf denselben Abend angefetzt. Orla Lehmann lud dazu in gewohnter Weise ein: „Das Vaterland ist in Gefahr! Die Herzogthümer sind in Aufruhr! Jeder wahre Vaterlandsfreund wird aufgefordert, sich am Abend im Casino einzufinden.“

Man mußte, da Hvidt präsidiren sollte, auf den Schluß einer Berathung der Bürgerrepräsentation in derselben Angelegenheit warten.

Endlich erschien Hvidt, wurde mit lautestem Jubel empfangen, berichtete, daß die städtische Versammlung den Beschluß gefaßt habe, den König um Entlassung der Minister zu bitten.

Dann trat Orla Lehmann auf, schilderte die unerhörte Gefahr, in der man sich befände, bezog sich auf die in der Residenz verbreiteten Nachrichten, daß sich in Rendsburg eine provisorische Regierung gebildet, daß man die Hauptcasse genommen habe, daß das Bataillon Baudissin übergegangen sei, im Kampfe innerhalb der Festung ein Hauptmann erschossen sei u. s. w.

Ihm entgegen trat, obwohl Schleswig-Holsteiner, Francke, der den Phönixclub so eben inmitten völliger Rathlosigkeit und Auflösung verlassen hatte, mit

der ganzen Zuversicht der Wahrheit gebliebenen Schwindeleien gegenüber; er redete Deutsch; aus Kieler Briefen konnte er nachweisen, daß Nichts von allem Diesem vorgefallen war; er forderte, daß man die Beschlusfassung vertage, bis die Deputation der Herzogthümer gekommen sei und gehört werden könne. Wohl machte dies stolze und muthige Auftreten Eindruck. Aber „wahr oder nicht wahr, was der Redner vor mir gesagt hat,“ begann Orla Lehmann seine Gegenrede, und mit gewohnter Begeisterung und Berechnung sprechend, verwischte er jeden Eindruck des Vernommenen: „wenn die Revolution in den Herzogthümern noch nicht ausgebrochen sei, so werde sie ausbrechen.“ Er erklärte, „der König — und er werde sich nicht scheuen, ihm das ins Gesicht zu sagen — sei seiner Aufgabe nicht gewachsen; die Minister hätten weder die Einsicht, noch den Willen, noch die Kraft für ihr Amt; es sei auch schwer, Minister zu finden, und es seien in Dänemark nicht gerade Viele, aber Einige, Wenige“ — „und er hatte, schrieb ein Mitbewesender, nicht nöthig hinzuzufügen, die Bescheidenheit verbiete ihm ihren Namen zu nennen, so aufdringlich war sein Patriotismus.“ Aber er riß die Versammlung hin zu unermesslichem Beifall.

Dann trat Capitän Tscherning auf: „es frage sich, was demnach zu machen sei? ein neues Ministerium natürlich; und wann?“ „Noch heut Abend,“ rief die Versammlung; umsonst widersprach Tscherning; „bewaffnet müsse man zum Schloß ziehen,“ ward gerufen. „Zeigen wir,“ sagte der Capitän, „daß unser Wille fest genug ist, um darauf schlafen zu können!“ Also Morgen! stimmte die ganze Versammlung ein. „Aber man müsse dem Könige,“ fuhr Capitän Tscherning fort, „doch auch Bedenkzeit lassen,“ und schlug vor „bis zum Mittwoch früh, ehe noch die Deputation komme,“ zu warten. So ward beliebt.

Auch Professor Madvig, Verfasser einer glänzenden Flugchrift gegen das Patent vom 28. Januar, noch jetzt Minister, sprach: „da nach den ungeheuren Concessionen des Patents vom 28. Januar, nach denen Dänemarks Hauptstadt nicht mehr Hauptstadt sein, seine Reichsstände vagabondiren sollten, die Schleswig-Holsteiner jetzt so antworteten, wie da vorher berichtet sei, so bleibe nichts übrig, als Schleswig zu incorporiren.“

Man hatte sich zugleich verständigt, die Deputation der Bürgerrepräsentanten, die andern Tages zu Mittag mit ihrer Adresse auf das Schloß ziehen wollte, im großen Zuge zu begleiten. Diese Adresse besagte, daß das jetzige Ministerium nicht das Zutrauen des Volkes habe, den Umständen nicht gewachsen sei, entlassen werden müsse: „wir rufen Ew. Majestät an, die Nation nicht zur Selbsthilfe der Verzweiflung zu treiben.“ (Ikkle at drive Nationen til Fortvivelsens Selvhjelp.)

Vorübergehend erinnern wir, daß denselben Montag Abend auch Massen Arbeiter im Hippodrom versammelt waren, daß die Studenten, die bereits am 18. eine Versammlung gehalten und Offiziere hinzugezogen hatten, um ihre Be-

waffung zu organisiren, in der Zusammenkunft am 20. ein Comité erwählten, welches sie bei den bevorstehenden Begebenheiten vertreten sollte, daß sie beschloffen, die Deputation der Herzogthümer solle unter den „Schutz der dänischen National-ehre“ gestellt sein, daß sich ihnen die Künstler, die Polytechniker demnächst anschloffen.

Am demselben Montag (20. März) Abends befand sich Herr v. Bardenfleth auf Christiansburg beim Könige, als in später Stunde die Nachricht von den Beschlüssen und der Drohung der Bürgerrepräsentanten, den Vorgängen im Casino, der Unfähigkeitserklärung des Königs und den dort gefassten Resolutionen ins Schloß gelangte. Von den nächst weiteren Vorgängen auf dem Schloß sind wir nicht unterrichtet. Die entscheidenden Entschlüsse wurden gefaßt.

Am andern Morgen Dienstag den 21. nach neun Uhr war Sitzung des Staatsrathes. Der König kündigte an, „daß die Umstände eine Aenderung des Systems forderten, Bardenfleth werde das Weitere mittheilen, er der König hoffe, daß sämtliche Minister an ihrem Posten bleiben würden.“

Die Basis des neuen Systems, das Herr v. Bardenfleth entwickelte, war die Incorporation Schleswigs in Dänemark. Der Prinz Ferdinand, Oheim des Königs, stellte Nachgeben gegen das andrängende Volk als Feigheit dar. Er wurde nicht gehört. Die Minister sämmtlich erklärten ihre Entlassung zu nehmen. Nur den Finanzminister Grafen Wilhelm Moltke zu Bregentved bat der König „mit Thränen in den Augen“ zu bleiben. Sie beharrten sämmtlich bei ihrem Entschluß. Der König entließ sie.

Graf Carl Moltke fragte: „ob Se. Majestät befehle, daß er bis zur Ernennung seines Nachfolgers die Geschäfte führen sollte.“ Herr v. Bardenfleth, die gefährliche Zähigkeit des Gegners sofort überschauend, antwortete, dem Könige vorgreifend, „das sei nicht nöthig,“ — entweder die Kühnheit eines Neulings, oder der Meisterzug eines Demagogen, der eben diese Schwierigkeit voraus berechnend, die Zügel der Regierung während der Tage wichtigster Entscheidungen am Boden schleifen lassen wollte, damit die ganze Wucht des Volkswillens sich entwickeln, sich consolidiren, alles allein entscheiden könne. Aber Herr v. Bardenfleth wird vorziehen weder das eine noch andere für richtig zu halten.

Das Casino hatte vollkommen gesiegt; das Ministerium und die Verfassung vom 28. Januar waren über Bord geworfen, gegen die Herzogthümer der Krieg entschieden.

Graf Carl Moltke eilte knirschend vor Wuth von dem jüngsten besiegt zu sein aus dem Schlosse; Graf Criminil, dem längst Unheil vorschwebte, folgte tief entrüstet über die formlose Berwegenheit, das alte Gebäude mit Einem Schlage zu vernichten; die anderen schlichen unmuthig nach Hause; Dersted, dem noch immer die Erkenntniß fehlte, daß auch die Dänen ihn längst der Vergessenheit

übergeben hatten, nicht am wenigsten erbittert über seine schroff hingeworfene Entbehrlichkeit.

Gleich nach diesen Scenen gegen 12 Uhr Mittags erschien die Deputation der Kopenhagener Bürgerrepräsentanten, an ihrer Spitze Statsrath Hvidt; es begleiteten sie gewiß 15,000 Menschen in großer Stille, in geordnetem Zuge, vor dem Schlosse auf die Antwort harrend.

Der König, Herr v. Bardenfleth an seiner Seite, empfing im Schlosse die Adresse aus Hvidts Hand. Er antwortete: „Er freue sich ihren Wünschen bereits zuvorgekommen zu sein; das alte Ministerium sei entlassen; wollen Sie, schloß er, gleiches Vertrauen zu Ihrem Könige haben, wie ich zu meinem Volke, so will ich Ihnen ein treuer Führer zu Ehre und Freiheit sein!“

Und also, sagen die Dänen, haben wir gar keine Revolution gehabt. Und Herr v. Rosenörn, jetziger Minister, erklärte jüngst in einer Wahlsrede, „seit 1660 sei es ein Privilegium der Stadt Kopenhagen, dem Könige ihren Willen kund zu geben.“

Welche Machtmittel besaß man gegen die angedrohte Selbsthilfe der Verzweiflung? etwa die Truppen unter Offizieren, von denen Viele im Casino mitgetagt und jene öffentliche Unfähigkeits-Erklärung mit angehört hatten, ohne daß auch nur Einer sich verpflichtet gehalten hätte, für seinen König die Stimme zu erheben? Man erzwang eine Veränderung, die den Krieg des Königs von Dänemark gegen den Herzog von Schleswig-Holstein zur Consequenz haben mußte.

Die Wahrheit ist, daß, mag des Königs individuelle Ansicht gewesen sein, welche sie will, seine Allgewalt nach dem Königsgesetz an der Königsau aufhörte, jenseits derselben ihn, den Herzog, Pflichten banden, die er selbst noch im Patent vom 28. Januar anerkannt hatte. Nicht die Person des Regenten, wie würdig oder unwürdig sie sein mag, macht die Legitimität, sondern daß in derselben die Continuität des Rechts sich unverrückbar darstellt. Des Regenten Person mißbrauchen, legitimirt den Frevel nicht, mit wie vielem Anstande er geübt werden mag. Friedrich VII. war, wollend oder nicht, in der Gewalt einer Partei, mochte sie die ganze dänische Nation umfassen, von dem Augenblick an, wo dieser Herr v. Bardenfleth und das Kopenhagener Volk die Executive auch für die Herzogthümer übernahmen, und die Allgewalt des Königsgesetzes, welches man gerade abschüttelte, nunmehr auf die Herzogthümer anwendete, wo seine Geltung nie behauptet war.